

A14 TW: Gewalt bei der Geburt - Gebärende Personen besser schützen!

Gremium: UBDK
Beschlussdatum: 24.01.2026

Antragstext

1 Wir fordern den wirksamen rechtlichen Schutz von Gebärenden in der besonderen
2 Situation der Geburt zu stärken.

3 Bestehende Rechte auf Aufklärung, Einwilligung und körperliche Selbstbestimmung
4 vor, während und nach der Geburt müssen besser durchsetzbar gemacht werden.

5 Die Jusos Köln setzen sich daher dafür ein, dass eine zentrale, öffentlich
6 geförderte und sichtbare Beschwerde- und Meldestelle in Köln eingerichtet wird.

7
8 Gebärende sind rechtlich nicht schutzlos. Das geltende Patienten- und
9 Haftungsrecht garantiert grundsätzlich Aufklärung, Einwilligung und körperliche
10 Selbstbestimmung, aber in der besonderen Situation der Geburt greifen diese
11 Rechte häufig nicht (wirksam). Zeitdruck, Schmerzen, medizinische Hierarchien
12 und strukturelle Überlastung erschweren eine tatsächliche informierte
13 Einwilligung und eine selbstbestimmte Entscheidung der gebärenden Person
14 erheblich.

15 Problematische und/oder gar traumatisierende Erfahrungen während der Geburt
16 werden oft als individuelle Behandlungsfehler eingeordnet. Diese Perspektive
17 wird der Realität einiger Geburtsverläufe allerdings nicht gerecht. Verletzungen
18 von Würde und Autonomie sind während der Geburt schwer durchsetzbar, obwohl sie
19 für Betroffene gravierende Folgen haben können.

20 Niedrigschwellige, unabhängige Beschwerde- und Beratungsangebote können hier
21 beitragen, bestehende Rechte tatsächlich wirksam werden zu lassen, Betroffene zu
22 unterstützen und strukturelle Problemlagen sichtbar zu machen.